Projekt/Baumaßnahme:

# Projektbeschreibung

1. Allgemeines
   1. Bezeichnung der Maßnahme
   2. Lage im Straßennetz
   3. Umgriff/Umfang Art (Umbau/Neubau/Instandsetzung)
   4. Hinweise zur Baurechtsschaffung, Einordnung im Verwaltungsrecht, Zeithorizont
   5. ggf. Sonstiges
2. Planerische Beschreibung des Vorhabens
   1. Verbindungsfunktion
   2. Verkehrsbelastung
   3. raumordnerische Ziele
   4. Defizite, Unzulänglichkeiten, Notwendigkeit, Ursache
   5. Unfallsituation
   6. Verkehrssituation
   7. Verkehrsbelastung
   8. Ingenieurbauwerke
   9. Erläuterungen zu in § 4 Nr. 4.1 und 4.2 des Vertragsmusters genannten Unterlagen (Baugrundgutachten, Vermessung, FPA, UVS)
   10. ggf. Hinweis auf Unterlagen, die nicht Vertragsbestandteil werden
   11. ggf. Sonstiges
3. Aufgabenstellung

Gegenstand dieses Fachbeitrags ist die Überprüfung der Vereinbarkeit des geplanten Vorhabens mit den Bewirtschaftungszielen (Einhaltung des Verschlechterungsverbots und des Verbesserungsgebots/Zielerreichungsgebots – vorbehaltlich der Ausnahmeregelungen) nach §§ 27 bis 31 und 47 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG). Die Prüfung erfolgt bezogen auf die oder den vom Vorhaben betroffenen Wasserkörper (Oberflächenwasserkörper und Grundwasserkörper).

Dazu sind in einem ersten Schritt die vom Vorhaben betroffen Wasserkörper zu identifizieren und die vorhandenen Daten zu ermitteln und zu verifizieren. Im Anschluss sind für die jeweiligen Oberflächenwasserkörper (OWK) die einzelnen Wirkfaktoren des Vorhabens zu ermitteln und die Auswirkungen auf die betroffenen biologischen, unterstützenden und chemischen Qualitätskomponenten (QK) gemäß OGewV abzuschätzen sowie für die nach OGewV maßgebenden Stoffparameter rechnerische Nachweise über die Einhaltung der zugehörigen Umweltqualitätsnormen zu führen. Für die oder den Grundwasserkörper (GWK) sind die Auswirkungen auf den chemischen und mengenmäßigen Zustand des Grundwassers zu bestimmen. Zudem ist für jeden Wasserkörper zu prüfen, ob die Wirkungen des Vorhabens den geplanten Verbesserungsmaßnahmen der Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme entgegenstehen oder zukünftige Verbesserungen unmöglich machen.

Wird durch das Vorhaben eine Verschlechterung der zu bewertenden QK für den ökologischen und chemischen Zustand der Oberflächenwasserkörper sowie den chemischen und mengenmäßigen Zustand der Grundwasserkörper prognostiziert, ist eine Ausnahmeprüfung gemäß § 31 Abs. 2 WHG vorzunehmen.

1. Randbedingungen und Zwangspunkte

Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die erforderlichen Abstimmungs- und Arbeitsgespräche, insbesondere

* die Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen an der Planung Beteiligten (z. B. Straßenentwurf, Entwässerungsplanung, Landschaftsplanung, Ingenieurbau) sowie
* die Beteiligung und Abstimmung mit Dritten (z.B. zuständige Wasserbehörde)

Neben den Nachweisen zu Tausalzeinträgen sind, bei Einleitung straßenspezifischer Stoffe in Oberflächenwasserkörper, Einzelnachweise für die Grenzwerte gemäß den Anlagen 6 bis 8 der Oberflächengewässerverordnung (OGewV) zu führen. Die mittlere ausgebrachte Tausalzmenge sowie die gestreute Straßenfläche werden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt.

Erarbeitung im Zuge eines iterativen Planungsprozesses unter Berücksichtigung relevanter Unterlagen nach RE, insbesondere

* des Straßenentwurfs (Unterlagen 1, 2, 3, 5, 7 und ggf. 11 nach RE),
* der Entwässerungsplanung (Unterlagen 8 und 18 nach RE),
* der Maßnahmenplanung des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) und anderer umweltfachlicher Untersuchungen (Unterlage 9 und 19 nach RE),
* des geotechnischen Berichts (Unterlage 20),
* ggf. sonstiger Planungen und Gutachten (Unterlage 16 und 21).

Leistungen des Auftraggebers



Abgrenzen der Leistungen bei Gemeinschaftsmaßnahmen

1. Bestandteile des Fachbeitrags WRRL

Der Fachbeitrag umfasst einen Erläuterungsbericht mit mindestens folgenden Anlagen:

* + - * Tabelle der möglichen Wirkzusammenhänge des Straßenbauvorhabens für jeden Wasserkörper,
      * Nachweisberechnungen (stoffliche Nachweise in Form von Übersichts- und Berechnungstabellen),
      * Darstellung der Wasserkörper in Listenform sowie anhand einer Übersichtskarte (Lage und Grenzen) einschließlich Verortung relevanter Messstellen, Angaben zur Entwässerungskonzeption (z.B. Einleitstellen und –mengen) und zu den hydrogeologischen Verhältnissen
      * Datenblätter (Auswertungen Messdaten, Steckbriefe, …)

1. Gliederung des Fachbeitrags WRRL

Inhaltlich ist das Gutachten entsprechend der folgenden Mustergliederung aufzubauen.

1. Anlass und Aufgabenstellung
   1. Zielsetzung und Methodik
   2. Allgemeine Anforderungen an den Fachbeitrag WRRL
2. Merkmale des Vorhabens und mögliche Wirkfaktoren auf die Wasserkörper
   1. Kurzbeschreibung des Straßenbauvorhabens (einschließlich Entwässerungskonzept)
   2. Mögliche Wirkfaktoren auf die Wasserkörper (Prüfrahmen)
   3. Abschichtung der Wirkfaktoren auf das Vorhaben
3. Vom Vorhaben betroffene Wasserkörper
   1. Datenquellen
   2. Identifizierung der durch das Vorhaben betroffenen Wasserkörper
      1. Oberflächenwasserkörper
      2. Grundwasserkörper
   3. Beschreibung der durch das Vorhaben betroffenen Wasserkörper
      1. Oberflächenwasserkörper
      2. Grundwasserkörper
   4. Datengrundlagen und Umgang mit fehlenden Daten
4. Prognose und Bewertung der vorhabenbedingten Auswirkungen auf die Wasserkörper
   1. Prognose und Bewertung der vorhabenbedingten Auswirkungen auf den Zustand der Wasserkörper (Verschlechterungsverbot)
      1. Oberflächenwasserkörper
      2. Grundwasserkörper
   2. Prognose und Bewertung der vorhabenbedingten Auswirkungen auf die Erreichbarkeit des guten Zustands der Wasserkörper (Zielerreichungsgebot)
      1. Oberflächenwasserkörper
      2. Grundwasserkörper
5. **Optional: Prüfung von Ausnahmen von den Bewirtschaftungszielen**
6. **Zusammenfassung/Fazit**
7. **Literatur und Quellen**

**Anhang**

1. Projektbeteiligte
   1. DB AG, Gemeinde XY, etc.
   2. ggf. Sonstige